

# Position

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **80 (2000)**

Heft 10

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ulrich Pfister

## NEUE UND ALTE KONSTELLATIONEN IN DER PARTEIENLANDSCHAFT

Noch sind die Wunden der eidgenössischen Wahlen vor einem Jahr bei den bürgerlichen Parteien nicht ganz vernarbt. Freisinnig- und Christlichdemokraten sahen sich an ihrer rechten Flanke vom auftrumpfenden Wahlsieger bedrängt und fürchteten um den Sukkurs der «Wirtschaft», auch wenn diese sich in ihren Interessenlagen als so heterogen wie zuvor erweist und ohnehin vor allem über persönliche Beziehungen mit der Politik verbunden ist. In den grossen Abstimmungen im Mai und im September haben sich denn auch die gewohnten gemischten Koalitionen gebildet. Aber an den diesjährigen Parteitagungen flogen präsidentiale rhetorische Pfeile von ungewöhnlicher Schärfe hin und her – zum Gaudi der Schlagzeilenfabrikanten. Beharrlich stellt die SVP die Bürgerlichkeit ihrer bisherigen Partner in Frage, ohne allerdings dafür konkrete Belege vorweisen zu können. Die europapolitischen Differenzen haben nach dem Ja zu den Bilateralen Verträgen viel von ihrer Brisanz verloren, und in der Ausländerpolitik tut sich die SVP ihrerseits mit dem Erbe der antiliberalen rechtsnationalen Opposition schwer.

Als kleines Nachspiel anstelle des ausgebliebenen Sommertheaters warf der Präsident der CVP den von ehemaligen Generalsekretären einmal aufgeblasenen Ballon einer Fusion mit der FDP nochmals in die Luft. Die Idee einer vereinigten bürgerlichen Zentrumspartei hätte zweifellos einige strategische Vorzüge, sie würde vor allem die Kantone mit ungleichgewichtiger Repräsentation zu einem einheitlicheren Machtblock zusammenfügen. Aber gerade darin liegt auch die Problematik einer weniger politisch als kulturell spannungsreicheren Vielfalt – die geschichtlichen Wurzeln werden so leicht nicht in Vergessenheit geraten. Auch würde es bei einem Zusammenschluss fast zwangsläufig zu Grenzbereinigungen zugunsten

der politischen Konkurrenten kommen. Es ist symptomatisch, dass der Ballon ohne starken Knall rasch platzte.

Die SP hat ihre gestärkte Position in der linken Spielfeldhälfte kaum genutzt; sie hat vielmehr – um im Sportjargon zu bleiben – ein längeres *time out* in Anspruch genommen. Der nach langer Inkubationszeit erwirkte personelle Wechsel an der Spitze – für dessen Vollzug man sich nochmals unbegreiflich lange Zeit nahm – hat indes nicht etwa zu einem Aufbruch geführt, sondern scheint im Gegenteil einen Rückfall von einer zumindest angekündigten Wertediskussion in konventionelle, besitzstandorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik etatistischer Prägung zu signalisieren. Mit dem *Service public* hat man nicht nur einen modischer klingenden Begriff für Staatsgläubigkeit gegen alle liberalen Anfechtungen gefunden, sondern gleichzeitig auch den vielen öffentlich Bediensteten in der Partei die schützende Hand dargeboten. Von «dritten Wegen» will offenbar die linke Basis hierzulande nichts wissen.

Das schadet freilich nichts. Denn «dritte Wege» sind in der schweizerischen Proporzarithmetik ohnehin oft die einzig gangbaren Pfade erfolgreicher Mehrheitsfindung. Sie sollten jedoch nicht von einem klaren ordnungspolitischen Denken dispensieren. Zwischen rechten und linken Populismen und Fundamentalismen braucht es nicht einfach eine undefinierte Position der «Mitte», sondern verständlich formulierte Botschaften zur Bewältigung des raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Sie sollen von Eigeninitiative und Verantwortung für eine freiheitliche Gestaltung der Gemeinwesen künden. Davon, dass diese liberalen Grundsätze immer wieder *neu* formuliert werden müssen, sollte man sich von «Neo-Linken» und «Neo-Rechten» nicht abschrecken lassen. ♦